



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Correspondenz aus Baden.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aeusserungen wie die obigen als unchristliche und schändliche verdammen zu hören — das läßt sich eben nur fühlen, nicht beschreiben.

Eine förmliche Beklemmung bemächtigte sich des Publicums, und selbst der Gerichtshof konnte sich eines ähnlichen Gefühls nicht erwehren. Nach einer sehr milde gehaltenen Anklagerede und einer sehr geschickten Vertheidigung wurde zwar Seitens des Gerichts das Urtheil ausgesetzt, aber das Publicum hatte sein Verdammungsurtheil bereits mit Einstimmigkeit fertig.

Jetzt ist nun auch das gerichtliche Erkenntniß dem öffentlichen Urtheil nachgefolgt und Pastor S. zu 2 Monaten, die übrigen Betheiligten zu 4—6 Wochen Gefängniß verurtheilt worden.

Allgemein ist jetzt die Frage, wie das Consistorium sich zu seinem gerichtlich verurtheilten Glaubensbruder stellen wird.

Correspondenz aus Baden.

Ende Mai.

Die Wogen des Partekampfes sind während dieses Monats im Lande Baden höher als gewöhnlich gegangen. Unsere Gegner boten alle ihnen zu Gebote stehenden Kräfte auf. In Freiburg scheint man, berauscht durch den glücklichen Ausgang des Processes Kübel, sogar einige Zeit der Hoffnung gelebt zu haben, in einem erneuten Anlaufe und durch verdoppeltes Geschrei einen Umschwung in den höchsten Kreisen der Regierung hervorzubringen. Der Erfolg ist aber, wie schon jetzt feststeht, ein höchst unerwarteter gewesen und die Stellung des Ministeriums Jolly heute zweifellos weit fester, als vor vier Wochen. Eröffnet wurde der Angriff durch einen von allen Führern der ultramontanen Partei unterzeichneten Aufruf an das badische Volk, welcher die alten Klagen über Knechtung der katholischen Kirche, Ueberlastung des Landes und Beeinträchtigung der freiheitlichen Institutionen Badens wiederholte. Freie Lebenslust für die Kirche, gleiches Recht für Alle, volle Selbständigkeit der Kirche in der Verwaltung ihres Vermögens und der Besetzung kirchlicher Aemter, allgemeine Vereinsfreiheit — behufs der Errichtung von Klöstern — entschiedene Schulfreiheit, — im Gegensatz zu den weltlichen Schulen des Staates — „mit diesen Grundsätzen allein wird die Gewissensfreiheit gewahrt, ächte Toleranz geübt und der confessionelle Friede wieder hergestellt“! Wer Gewissensfreiheit, Toleranz und confessionellen Frieden auf der Fahne begeisterter Anhänger des Syllabus und der Encyclica

Schimmern sieht, kann freilich nicht staunen, wenn er hört, daß der norddeutsche Bund nur zur Verarmung des Volkes und zur Verkümmern seiner Freiheit führe und in Baden „kläglich Reaktionszustände und das System des Stillstandes“ herrschen. Als das einzige Mittel zur Rettung des erkrankten Vaterlandes wurde die Einführung des allgemeinen Stimmrechts durch einen außerordentlichen Landtag und Entlassung des Ministeriums Jolly verlangt, welches das Vertrauen des badischen Volkes nicht besitze. Dieses Begehren sollten in Adressen aus allen Theilen des Landes dem Großherzoge vorgetragen werden und zur Belebung der Agitation in rascher Folge wurden überall große Volksversammlungen berufen. Der Anfang wurde sofort am 9. Mai in Bruchsal gemacht, dem Mittelpunkte der früher zu dem Bisthum Speier gehörigen, sehr katholisch gesinnten Bezirke, woselbst an einem zahlreichen Zugang nicht zu zweifeln war. In der That zählte die Versammlung gegen 2000, nach clericalen Berichten sogar 6000 fast ausschließlich der Landbevölkerung angehörige Theilnehmer. Als Vorsitzender eröffnete der greise Freiherr von Andlaw, als eifriger Kämpfer des Ultramontanismus schon seit den vierziger Jahren bekannt, die Verhandlungen mit „Gelobet sei Jesus Christ“ und ging alsbald dazu über, durch eine geistreiche Erklärung der Begriffe von Staat und Kirche den Gesichtskreis seiner Zuhörer zu erweitern. Der Kirche als der Vereinigung aller Rechtgläubigen mit einem sichtbaren Oberhaupte stehe der Staat gegenüber, der eben nichts Anderes sei, als die Vereinigung der Kirchenfeinde gleichfalls unter einem sichtbaren Oberhaupte — dem Ministerpräsidenten. Trefflich waren hiermit die nun folgenden Schimpfreden vorbereitet, welche das eigentliche Feld der Thätigkeit des Herrn Jacob Lindau bildeten, des Zollparlamentsabgeordneten, der durch die Lücken des Bureaus in der letzten Session niemals zum Worte kam, früher Kaufmann in Heidelberg, jetzt badischer O'Connell. Wiewohl derselbe darauf hinwies, daß es bei Fortdauer des Jollyschen Regiments dahin kommen müsse, daß eines Tages der Katholik nur noch gegen Vorzeigung eines Acciszettels zur Messe dürfe, wurde der Eindruck von Lindau's Rede doch erheblich in den Schatten gestellt durch den Erguß seines Collegen vom Zollparlamente des Dr. Bissing, Docenten der Geschichte an der Universität Heidelberg — wenn mit diesem Titel der halbjährlich erneute, stets vergebliche Versuch, ein Collegium zusammenzubringen, bezeichnet werden darf. Er begab sich auf das Gebiet der hohen Politik und fand in den nationalen Bestrebungen des Ministeriums die Quelle alles Uebels. Das Volk will eine badische Politik, es will alles Andere, nur nicht preussisch werden, von der Eider bis nach Mainz bringt ein Schmerzensschrei und nun geht die Regierung gar damit um, die Einwohnergemeinde einzuführen! Das heißt nichts Anderes, als alle Gemeinden zu Lumpengemeinden machen, denn aus

allen Himmelsgegenden werde man in das badische Land strömen, um am Bürgernutzen Theil zu nehmen, besonders werde man aus Altpreußen recht viele liebe Gäste bekommen. Die Aussicht auf diesen Besuch konnte freilich nicht wirkungslos bleiben, mit tausendstimmigem Nein wurde die Frage, ob Jolly das Vertrauen der Versammlung besitze, beantwortet und die Adresse mit Unterschriften bedeckt. Um ihr die gewünschte allseitige Zustimmung zu verschaffen, wurden aber noch andere Mittel in Anwendung gebracht, die für die Kampfweise der ultramontanen Partei bezeichnend genug sind. An alle katholische Pfarrämter des Landes wurde ein Schreiben folgenden Inhalts versendet: „Indem wir uns erlauben, Ihnen beifolgenden Kopfbogen der von der Versammlung in Bruchsal beschlossenen Adresse an S. K. Hoheit den Großherzog zu übersenden, ersuchen wir Sie, im Interesse der Sache die Unterzeichnung derselben in Ihrem Orte gefälligst baldigst veranlassen zu wollen. Nachdem dies geschehen, ist die Adresse per Post an das Großh. Geheime Cabinet in Karlsruhe abzusenden und bitten wir, Herrn Jakob Lindau von dem Abgang der Adresse, sowie von der Zahl der Unterschriften gefälligst Kenntniß geben zu wollen. Heidelberg, den 14. Mai. Namens der katholischen Volkspartei: Jakob Lindau.“

Die Bewegung war also im besten Zuge und der demokratische Bundesgenosse säumte nicht, dem schwarzen Bruder eifrigst beizuspringen. Bereits am 14. April hatte die demokratische Partei sich neu constituirt und in ihre Mitte waren neben Theilnehmern an dem Aufstande von 1849 und einigen neuen Namen zweifelhaften Klanges die Herren von Verlichingen, k. k. österreichischer Uhlanenrittmeister a. D., und v. Edelsheim, früher in Kurhessen, dann badischer Gesandter in Wien und als Minister von 1866 der treue Schildknappe des Freiherrn v. Beust, getreten. Herr v. Edelsheim, der hochgeborene und hochfahrende Baron; neben dem Sohne aus dem Volke, Herrn Eichelsdörfer, „Redacteur“ in Mannheim! Die Verbindung war so wunderbar, daß man glauben konnte, sie müsse noch vornehmere, viel vornehmere und mit mächtigeren Mitteln ausgerüstete Genossen zählen. — In einer so seltsam zusammengesetzten Allianz sind, wie sich bald ergab, von Anfang an kleine Reibungen nicht zu vermeiden. Nachdem man eine Adresse mit der Bitte um Wahlreform veröffentlicht und mit Entrüstung die Beschuldigung des Einverständnisses mit den Clericalen zurückgewiesen hatte, wollte man auch mit Volksversammlungen nicht zurückbleiben. Der Erfolg des ersten in Mannheim gemachten Versuches war freilich niederschlagend, denn der ohne Zweifel nicht sehr zeitgemäße Tadel, den ein junger Redner sich gegen Arbeitseinstellungen entschlüpfen ließ, brachte die anwesenden Cassalleaner unter der Leitung des Studiosus Rieth in solche Erregung, daß dem bewährten Volksfreunde Eichelsdörfer der Vorsitz entzogen und die Herzen solcher Partei-

genossen, die ihrer finanziellen Verhältnisse wegen gegen alle socialistischen Experimente nur tiefgehende Abneigung hegten, mit gerechtem Schrecken erfüllt wurden. Der hohe Adel aber, Herr v. Edelsheim und Rittmeister von Berlichingen, in dem die Gesinnungen seines Ahnen gegen das Bürgerthum fortleben mögen, hatte die Versammlung mit seiner Gegenwart nicht beehrt.

Dem Bürgerthum aber schwand die Geduld. Mit vollem Rechte hatte die Karlsruher Zeitung darauf hingewiesen, daß in dem Bürgerthum der Angriff des Ultramontanismus einen unüberwindlichen Gegner finden werde, da die Lust und die Fähigkeit zu jeder Arbeit der Hand und des Geistes im deutschen Bürger ein Gefühl der persönlichen Würde, ein Bewußtsein der Verantwortlichkeit und ein Bedürfniß der persönlichen Freiheit groß gezogen habe, dem gegenüber die extravaganten Theorien, welche unsere Ultramontanen aus den Rüstkammern des Mittelalters hervorsuchen, machtlos im Winde verwehen. Schon am 13. Mai wurde eine von 130 der angesehensten Einwohner Mannheims unterzeichnete Erklärung veröffentlicht, welche den von der demokratischen und ultramontanen Partei in das Land geschleuderten Unwahrheiten und Unmaßungen entgegentrat und dafür Zeugniß ablegte, daß das Volk im Einklang mit der Regierung eine freisinnige und nationale Politik wolle und unabweisbar die Errichtung des deutschen, auf Einheit und Freiheit gegründeten Bundesstaates fordere. Wie sehr diese Erklärung der Gesinnung und Stimmung des gebildeten Bürgerstandes entsprach, zeigte sich augenblicklich. In allen Städten und in zahlreichen Landorten fanden alsbald Versammlungen und Berathungen statt, in denen theils der Beitritt zu der Mannheimer Erklärung, theils ähnliche Kundgebungen und Adressen an den Großherzog beschlossen wurden. Ueberall wurde aber auch die Frage aufgeworfen, ob es nicht endlich an der Zeit sei, die Mißhelligkeiten, welche innerhalb der liberalen Partei durch die leidigen Offenburgers Händel entstanden waren, hintanzusetzen und in gemeinsamer Thätigkeit den gemeinsamen Gegner zu bekämpfen. Unmöglich konnte man sich in Offenburg der Einsicht entziehen, daß das Verlangen nach einem Ausgleiche jener Spannungen täglich allgemeiner und lebhafter geworden, und daß man bald genug in die Alternative versetzt sein werde, diesem Verlangen entgegenzukommen oder den offenen Bruch mit einem großen und einflußreichen Theil der Bevölkerung zu vollziehen. Der geschäftsführende Ausschuß der Offenburger säumte nicht, auf den 23. Mai eine Einladung nach Offenburg zu erlassen, um dort über das fernere Verhalten der ganzen liberalen Partei zu berathen.

Die ultramontane Agitation war inzwischen eifrig fortgesetzt worden. Der Bisthumsverweser Kübel bemühte sich auf einer Rundreise im Odenwalde durch den Glanz seiner Erscheinung, die Salbung seiner Reden und

Herablassenden Verkehr mit allen Dorfgrößen die Gefinnung seiner Anhänger zu befestigen. Die Ovationen bei seiner Heimreise, bei welcher auf allen Halteplätzen der Eisenbahn die Menge seiner Erscheinung harrete, erlitten zwar einige Störungen durch den Muthwillen zufällig mitreisender Musensohne, die ihrerseits ihrer Hochachtung für den excommunicirten Bürgermeister Strohmeyer lauten Ausdruck verliehen und bei dem Fackelzuge nach seiner Ankunft in Freiburg theilhaftig sich nur ein verschwindender Theil der Bürgerschaft. Dafür ging aber die am 17. Mai in Freiburg veranstaltete Volksversammlung noch glänzend von statten. Die Zuhörer zeigten weit lebhaftere Theilnahme, als acht Tage vorher die schwerfälligen Bruchsaler und die Redner tobten noch weit heftiger. Zu den Bruchsaler Acteurs, welche auch hier wieder auftraten, gesellte sich ein k. k. österreichischer Lieutenant Freiherr von Rink, der „für seine Ueberzeugung, daß dem altehrwürdigen Hause Habsburg die Führerschaft in Deutschland historisch und rechtlich gebühre, gern auf dem Schlachtfelde von Königgrätz geblutet hätte“ und jetzt zu der weniger gefährlichen Beschäftigung, bei einer Besserung der kirchlichen und politischen Mißverhältnisse in Baden mitzuhelfen, übergegangen war, Herr Lindau aber debütierte als Interpret des Syllabus und erläuterte seinen ländlichen Zuhörern, weshalb sie Feinde des modernen Staates sein müßten. — Die dritte Aufführung sollte am 23. Mai in Engen im See- kreise stattfinden, gestaltete sich aber unverhofft zu einem Zwischenspiel in einem weit größeren Schauspiele. Die Liberalen hatten nämlich gleichfalls zur Theilnahme an dieser Versammlung aufgefordert, damit einmal offenkundig festgestellt werde, welchen Ansichten die Bevölkerung jenes Landestheiles huldige. Zwar vereitelten die Clericalen die ihnen vorgeschlagene gemeinsame Berathung, indem sie rechtzeitig das Versammlungslocal mit ihren Anhängern besetzten. Vor diesem aber tagten im Freien in zehnfacher Mehrheit, 3000 Köpfe stark, die aus allen Orten herbeigeeilten Anhänger der national-liberalen Sache und erklärten den dort gefaßten Beschlüssen gegenüber, daß die gegen die Regierung hervorgerufene Agitation ungerechtfertigt und verwerflich und mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen sei.

Von weit größerer Bedeutung war aber die am gleichen Tage in Offenburg abgehaltene liberale Versammlung. Hatte man anfänglich nur eine vertrauliche Berathung einflußreicher Parteimitglieder im Auge gehabt, so zeigte sich bald, daß die Versammlung von über 2000 Männern besucht, und jeder Landestheil durch besonders hierzu gewählte Abgeordnete und die beinahe vollzählig erschienenen Mitglieder der zweiten Kammer vertreten war. Noch erfreulicher aber war die Wahrnehmung, daß überall eine vollständige Uebereinstimmung der Ansichten herrschte und daß man sich auf allen Seiten bemühte, persönliche Rücksichten zurücktreten zu lassen, um mit vereinten Kräften

für die Sache des großen deutschen Vaterlandes und die freie innere Entwicklung Badens einzustehen. Die patriotische und schwungvolle Rede, mit welcher der Abgeordnete Kieser den Entwurf einer Adresse an den Großherzog befürwortete, fand einen Wiederhall an der bewegten Ansprache, mit der Professor von Treitschke aufforderte, allen Parteihader zu vergessen, die in warmer, deutscher Weise gebotene Hand zu einmüthiger Arbeit für den deutschen Staat und seine freiheitliche Entwicklung, in gleicher Gesinnung zu ergreifen und die Adresse einfach anzunehmen. Diese Adresse, die sofort einstimmig gebilligt wurde, betont, wie das badische Volk die Fortschritte zu würdigen wisse, welche seit 1860 durch die liberale Politik des Großherzogs Friedrich auf allen Gebieten des Staats gemacht wurden, sie verbreitet sich über die weiteren Reformen, die zunächst das Wohl des Landes zu erfordern scheine, und betheuert, daß Baden unverrückt an dem Ziele festhalte, eine staatliche Verbindung mit dem Norden zu erreichen und den Verlockungen einer Partei kein Gehör geben werde, die als patriotische Pflicht anpreise, die Sache des Vaterlandes inmitten der ernststen Gefahren der Gegenwart der Wehrlosigkeit zu überliefern. Der Großherzog möge, wie im Jahre 1860, so auch jetzt dem edlen und guten Geist des getreuen Volkes vertrauen und alle patriotischen Kräfte zu freudigem Zusammenwirken aufrufen; dieser erhabene Ruf werde, wie immer, einen gewaltigen Wiederhall im Lande finden, und die Bestimmung Badens, in furchtloser Treue zur großen Sache des einheitlichen deutschen Staates zu stehen, werde im Herzen des Volkes eine mächtige und dauernde Stärkung empfangen. Die gleichzeitig genehmigten Resolutionen sichern der Regierung volle Unterstützung zu und stellen die Grundzüge zu einer Organisation der Partei fest. Der hohe und freudige Ernst, der die ganze Versammlung durchdrang, berechtigt aber auch zu der Hoffnung, daß nicht nur eine plötzliche Erregung und die Anforderungen der augenblicklichen Lage die Einigung vollbracht haben, daß vielmehr auf allen Seiten die redliche Absicht besteht, in dieser Einigung zu beharren und mit gegenseitigem Vertrauen zu einer ehrenvollen Lösung der unserem Lande gestellten politischen Aufgabe mitzuhelfen. Wie diese Gesinnung aber auch von unserem verehrten Fürsten getheilt wird, möge der Inhalt des an den Staatsminister Jolly gerichteten Handschreibens erweisen, das soeben als Beantwortung der Offenburger Adresse zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

„Mit aufrichtiger Befriedigung empfing ich heute die Adresse, welche die aus allen Theilen des Landes in Offenburg versammelten Männer am 23. Mai beschlossen haben. Indem ich Ihnen dieselbe zur Mittheilung an das Staatsministerium übersende, beauftrage ich Sie, den Unterzeichnern der Adresse auszusprechen, wie dankbar ich die hingebende, thatkräftige Unterstützung schätze, welche sie, mit Hintansetzung jeder anderen Rücksicht, für die

ungeschwächte Fortführung der freisinnigen und nationalen Politik meiner Regierung verheißen. Ich stütze darauf das Vertrauen, es werde mit der Kraft, welche die Eintracht verleiht, gelingen, mein Volk zu dem Ziele zu führen, das ich mir als höchste Regentenaufgabe gestellt habe: ein freies Staatsleben im Innern, ruhend auf der sicheren Grundlage geistiger Bildung und sittlich-religiösen Ernstes und muthige, entschlossene Theilnahme an der nationalen Wiedergeburt Deutschlands.

Karlsruhe, den 29. Mai 1869.

Friedrich."

Aus dem russischen Hof- und Staatsleben des 18. Jahrhunderts.

I.

Vielleicht zu keiner Zeit haben deutsche Staatsmänner und Officiere einen so gewaltigen Einfluß im Auslande geübt, als in der Zeit der tiefsten politischen Verkommenheit ihres Vaterlandes, der zweiten Hälfte des 17ten und der ersten Hälfte des 18ten Jahrhunderts, da das römische Reich deutscher Nation an den Folgen des dreißigjährigen Krieges so tief darniederlag, daß seine Wiederaufrichtung von dem tiefen Falle, den es gethan, für alle Zeit unmöglich geworden schien. Während die deutsche Staatskunst die Fähigkeit verloren zu haben schien, sich auf ihre Aufgaben auch nur zu besinnen, den jungen preussischen Staat allein ausgenommen, kein Theil des Reichs im Stande war, sich in militairischer Beziehung über das rohe und zugleich schwache Landsknechtthum zu erheben, welches Westdeutschland den Franzosen Preis gegeben, schwangen deutsche Auswanderer sich zu unumschränkten Beherrschern fremder Reiche auf, die Welt mit dem Ruf ihres politischen Scharfblicks und ihres militairischen Genies erfüllend. Ein pfälzischer Edelmann kommandirte der Reihe nach die Heere Frankreichs, Portugals und Englands, der natürliche Sohn des sächsischen Kurfürsten galt für die größte Bierde der französischen Armee, der verlaufene westfälische Baron Neuhoß wurde zum Könige von Corsika aus gerufen, wenig später ein deutscher Arzt zum Premierminister von Dänemark und im Nordosten handelte es sich ein halbes Jahrhundert lang nur darum, welcher der drei deutschen „Väter der russischen Monarchie“ der Alleinherrscher über das ungeheure Reich sein sollte, welches Peter der Große in das europäische Staatensystem eingeführt hatte. Wir haben lei-